

Neues Erdverkabelungsgesetz Thema im nächsten Umweltausschuss

Kreistag griff Nachfrage von Hiltraud Lindemann auf / Angelika Brunkhorst hofft auf Kooperation der E.on zu Hochspannungsleitung

LANDKREIS (ck) • „Wie geht der Kreistag mit dem vom Land Niedersachsen beschlossenen Gesetz zur Erdverkabelung um?“ Das wollte Zuhörerin Hiltraud Lindemann am Dienstagmittag während der Einwohnerfragestunde zu Beginn der Kreistagssitzung wissen. Daraufhin machten die Politiker gleich Nägel mit Köpfen: Auf Antrag von Angelika Brunkhorst (FDP) sollen sich die Mitglieder des Umweltaus-

schusses in ihrer nächsten Sitzung mit diesem Thema befassen.

Lindemann selbst kämpft seit drei Jahren für diese unterirdische Variante der geplanten 380-Kilovolt-Leitung, die von Ganderkesee auch durch den Landkreis bis zum St. Hülfen Neufeld (bei Diepholz) verlaufen soll.

„Wir wissen noch nicht, ob in den betreffenden Bereichen dieses Gesetz zu einem Erfolg führen kann“, erklärte

Landrat Frank Eger. Denn bekanntlich griffen die Vorschriften einer Verkabelung nur unter bestimmten Voraussetzungen wie etwa Mindestabstände zu Wohnbebauung. „In der Kürze der Zeit konnten wir uns noch nicht über die näheren Umstände informieren.“

Angelika Brunkhorst sah die Möglichkeit, schneller an Fakten zu kommen, „wenn vom Kreistag die Initiative ausgeht und die E.on als

Netzbetreiberin zu einer Stellungnahme hinsichtlich der vorgesehenen Abstände auffordert“. Sie hat in ihrer Eigenschaft als Bundestagsabgeordnete bereits mehrere Gespräche mit dem Konzernbeauftragten der E.on sowie Niedersachsens Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke hinter sich. „Ich hoffe, dass das Unternehmen über seinen Schatten springt und diese Trasse als Referenzstrecke in Erwägung zieht“, hoffte die

Libérale.

Hans Hubmann (CDU) urteilte: „Zunächst können wir überhaupt froh sein, dass Niedersachsen dieses Gesetz verabschiedet hat, so dass zum ersten Mal eine unterirdische Verlegung erlassen werden kann.“

Der Unionspolitiker stimmte Landrat Eger dahingehend zu, dass es vorher eine genaue Prüfung hinsichtlich der Standhaftigkeit vor Gericht geben müsse. „Aber

wir sollten alles versuchen – das sind wir den betroffenen Bürgern schuldig.“

Otto Sackmann (UWG) sah angesichts der Mitwirkung von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel im entscheidenden Gutachten gute Chancen, dass der Bund dieses Landesgesetz nicht kassiert: „Berlin wäre schlecht beraten, ein Gesetz zu kippen, an dem ein Mitglied der eigenen Regierung beteiligt war.“